

PRESSEINFORMATION



16-06-2010

Dr. David Eberhart

Fon 030/8 97 81 -118

Fax 030/8 97 81-4118

david.eberhart@bbu.de

STADTUMBAU: DIE LUNTE BRENNT

Potsdam – „Der Stadtumbau Ost darf nicht verantwortungslosen Sparorgien zum Opfer fallen. Sonst verlieren im Land Brandenburg ganze Regionen den Anschluss.“ Diesen dringenden Appell richtete Maren Kern, Vorstandsmitglied beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU), auf der heutigen „Auftaktkonferenz Stadtumbau Ost II“ an Bund und Land.

Der BBU begrüßt, dass hinsichtlich der neuen brandenburgischen Stadtumbaustädte für die zweite Phase des Stadtumbaus seit heute Klarheit herrscht. „In dem einen oder anderen Fall hätten wir uns eine andere Entscheidung gewünscht. Insgesamt halten wir das Vorgehen der Landesregierung aber für einen tragbaren Kompromiss“, kommentierte Kern.

Dringend warnte Kern die Landesregierung aber davor, angesichts der auch im Land Brandenburg schwierigen Haushaltslage ihre Finanzierungszusagen zum Stadtumbau Ost-Programms zu brechen.

Keine Stadtumbaupolitik nach Kassenlage

Auch die von Bundesbauminister Peter Ramsauer am 10. Juni für die Städtebauförderung angekündigten Kürzungspläne kritisierte Kern scharf. Würden sie tatsächlich umgesetzt, stünde der Stadtumbau Ost vor dem Aus. Kern: „Es wäre ein Offenbarungseid, wenn dieser Bundesregierung Steuergeschenke für Hoteliers wichtiger sind als die Existenz der Städte, in denen Millionen Menschen leben.“

Ramsauers Sparpläne würden ab 2011 zu einer Halbierung des Stadtumbaus führen. In Konsequenz hiervon würden die Leerstandszahlen in Städten wie Frankfurt (Oder), Brandenburg, Schwedt oder Cottbus wieder rasch steigen. Schon jetzt kann der Abriss leer stehender Wohnungen nur mit Mühe der Bevölkerungsabnahme folgen. Kern: „Genug ist genug. Es darf nicht sein, dass die Bundesregierung die Zukunft der Menschen in Ostdeutschland verpfändet.“

Angesichts der für das Land Brandenburg bis 2030 prognostizierten Bevölkerungsabnahmen um rund 400.000 Menschen im äußeren Entwicklungsraum müsse der Stadtbau mit aller Konsequenz fortgesetzt werden. Andernfalls drohe eine erneute Abwärtsspirale aus großflächigem Leerstand, Abwanderung und weiterem Leerstand. Kern: „Diese Abwärtsspirale wäre eine Katastrophe für Brandenburgs Städte.“

Unter dem Dach des BBU sind 362 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die BBU-Mitgliedsunternehmen bewirtschaften gut 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg.

2.280 Zeichen

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU)

Dr. David Eberhart

Sprecher des Verbandes

Telefon: 030/897 81-118

Mobil : 0172/32 99 700

Mail: david.eberhart@bbu.de

www.bbu.de